

Die Schuldenbremser

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, März 2009

Unsere Politiker sind schon genial und besonders dann, wenn sie in überparteilichen Kommissionen zusammenarbeiten. So hat gerade – inmitten der schwersten Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre - eine Kommission der großen Koalition herausgefunden, es sei jetzt an der Zeit, in Deutschland eine Schuldenbremse einzuführen. Von allen Seiten wurde dieser Plan, einen jahrhundertealten Menschheitstraum in die politische Realität umzusetzen heftig umjubelt. Niemand hat gefragt, ob das denn überhaupt geht, welche Folgen das für die Wirtschaft hat oder gar, welche Folgen es für die anderen Länder dieser Welt hat, wenn ein Land plötzlich beschließt, keine Schulden mehr zu machen.

Das ist umso bemerkenswerter als sich während der Krise, die von den Häusermärkten in den USA ausging und inzwischen sogar den hintersten Zipfel Bayerns erfasst hat, weltweit eigentlich herumgesprochen hat, dass am Ende nur der Staat helfen kann. Gerade im angelsächsischen Sprachraum, den wir doch seit Jahrzehnten für seinen festen Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und das dauernde Versagen des Staates bewundern, ist im Gefolge der Jahrhundertkrise an den Finanzmärkten ein dramatisches Umdenken im Gang, das auch unserer Wirtschaftspolitik zu denken geben sollte.

Warum braucht man gerade jetzt den Staat als Retter in der Not? Der Grund ist einfach: Überschuldete Individuen, und davon gibt es jetzt ja eine ganze Menge auf der Welt, haben nur drei Möglichkeiten, sich aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Sie können ihre Ausgaben unter ihre Einnahmen senken, sie können versuchen, die letzten Anlagen, die sie haben, an jemand anderes verkaufen, oder, wenn alles nicht mehr hilft, müssen sie Bankrott anmelden, also ihre Schulden einfach nicht zurückzahlen. Das alles klingt vernünftig, hilft aber der Gesamtwirtschaft überhaupt nicht.

Warum das so ist, ist für jeden Menschen, der bereit ist, für einen Moment einmal seine ideologischen Scheuklappen abzulegen, unmittelbar einsichtig. Die Schulden eines Menschen sind nämlich immer die Vermögen eines anderen, die Ausgaben eines Haushalts sind die Ein-

kommen eines anderen und der Bankrott eines Schuldners ist der Vermögensverlust eines Gläubigers. Wenn viele zu hoch verschuldet sind und zur gleichen Zeit versuchen, ihre Schulden herunterzubringen, reißen sie das System noch weiter in die Tiefe und die Anpassungsreaktion derer, die bisher noch gut dastanden, wird die Spirale nach unten weiter verstärken. Nur massive Zinssenkungen durch die Notenbank und höhere Schulden des Staates können eine Volkswirtschaft stabilisieren, die nah am Abgrund das Gleichgewicht verliert.

Die Schlussfolgerung aus einer so einfachen Überlegung kann eigentlich nicht bestritten werden: Eine Volkswirtschaft kann man nicht mit guter Kenntnis in Betriebswirtschaftslehre oder guter privater Haushaltsführung steuern, weil sie völlig anderen Gesetzen folgt. Doch genau dieser Satz ist es, der seit Jahrzehnten in Deutschland nicht nur ignoriert, sondern mit allen Mitteln politischer und medialer Kriegsführung aufs Heftigste bekämpft wird. Wie sonst könnten wir so fest glauben, dass staatliche Schulden zukünftige Generationen belasten oder dass wir unsere Ersparnisse in die Zukunft transportieren können, um gegen die Alterung vorzusorgen.

Landläufig sagt man, das Gute an der Krise sei, dass sie die Lernbereitschaft auch der verbohrtsten Hirne erhöht oder bei vielen doch zumindest eine wachsende Bereitschaft entsteht, die eigenen Vorurteile in Frage zu stellen. Die Diskussion über die Schuldenbremse beweist das Gegenteil. Zwar haben die Politiker unter dem Druck der Verhältnisse einsehen müssen, dass sie nicht mit Sparen der Krise begegnen können, aber ihr Vorurteil, dass staatliche Schulden von Übel sind, wurde dadurch nicht angetastet.

Toll im wahrsten Sinne des Wortes ist aber, dass ein Teil der Politiker, die über die Schuldenbremse jubeln, auch schon wieder allgemeine Steuersenkungen versprechen. Da weiß man, was uns erwartet, sobald der erste Silberstreif der Konjunktur am Horizont erscheint. Dann werden all die Schuldenbremsler sofort Steuersenkungen verlangen und den Abbau der Staatsschulden zugleich. Wie das geht, kennen wir ja schon von Rot-Grün: Man erklärt das Soziale an der Marktwirtschaft zum entscheidenden Ballast, der den Ballon am aufsteigen hindert - und wirft es konsequent über Bord. Was nichts anderes heißt, dass man all denjenigen, die von staatlichen Leistungen im weitesten Sinne abhängig sind, die Last der Schuldenbremse aufbürdet so wie man ihnen schon die Last der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren aufgebürdet hat.

Übrigens, es gab schon einmal ein Land, das nach einer schweren Krise nichts anderes im Sinn hatte, als seinen Staatshaushalt schnell wieder auszugleichen. Japan hatte nach dem Platzen seiner Spekulationsblase im Jahre 1991 viele halbherzige Versuche gemacht die Konjunktur anzuregen, war aber wieder umgeschwenkt auf Sparen sobald es die ersten Anzeichen einer Besserung gab.

Nach zehn Jahren dieser Art von schuldenfixierter Wirtschaftspolitik hatte es insgesamt gesehen gerade einmal zehn Prozent Wachstum erzielt, was nach Adam Riese weniger als ein Prozent pro Jahr sind. Keines seiner Probleme war gelöst und die Deflation war selbst mit Nullzinsen nicht mehr aus dem System zu drücken. Das irre aber war, dass die Verschuldung des Staates in dieser Zeit von unter 50 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (1991) zehn Jahre später auf 130 Prozent gestiegen war und bis 2008 weiter auf unglaubliche 190 Prozent hochgeschneit ist.

So geht das mit dem Schuldenbremsen. Je mehr man bremst, umso mehr Schulden wird man am Ende haben, weil dann weder die privaten Haushalte noch die Unternehmen dem Staat das Schuldenmachen abnehmen. An der alten Weisheit nämlich, dass dort, wo gespart wird, auch Schulden gemacht werden müssen, geht überhaupt kein Weg vorbei.